

Lübke vor Arbeitern in Borsigwalde

Berlin wird nicht „austrocknen“

24 000 Westdeutsche wollen hier arbeiten – „Es gibt keinen Krieg“

Berlin (ap/dpa/upi). Bundespräsident Lübke hat seine Überzeugung geäußert, daß Berlin wirtschaftlich und bevölkerungspolitisch nicht „austrocknen“ werde. Lübke sprach in den Deutschen Waggon- und Maschinenfabriken in Borsigwalde vor mehreren tausend Betriebsangehörigen.

Lübke, der von den Arbeitern sehr herzlich begrüßt wurde, äußerte sich befriedigt über das große Interesse Westdeutscher an einer Arbeit in Berlin. Bisher hätten sich, so sagte er, bereits 24 000 Interessenten gemeldet, von denen 11 000 vermittelt worden seien. Der Bundespräsident erklärte ferner, daß es nicht zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West kommen werde. Der Westen werde auf keinen Fall der Angreifer sein, und der Osten könne es sich

nicht leisten. Lübke meinte, der Schock in der Sowjetunion über das Wachsen der EWG sei ungewöhnlich groß. Die EWG sei die erste entscheidende wirtschaftliche Tat Westeuropas gegen den Ostblock.

Die Sowjets und die Ostblockstaaten dagegen hätten sich etwas vorgenommen, was in

kommunistischen Ländern gar nicht möglich sei, weil in der kommunistischen Planwirtschaft mehr Arbeitskräfte und Material gebraucht werden als in der freien Welt für dasselbe Erzeugnis. Das beste Beispiel biete die Sowjetzone.

Lübke forderte die etwa 3500 Belegschaftsmitglieder auf, ihre guten Nerven weiter zu behalten und sich durch die östlichen Drohungen, die niemals verwirklicht würden, nicht einschüchtern zu lassen.

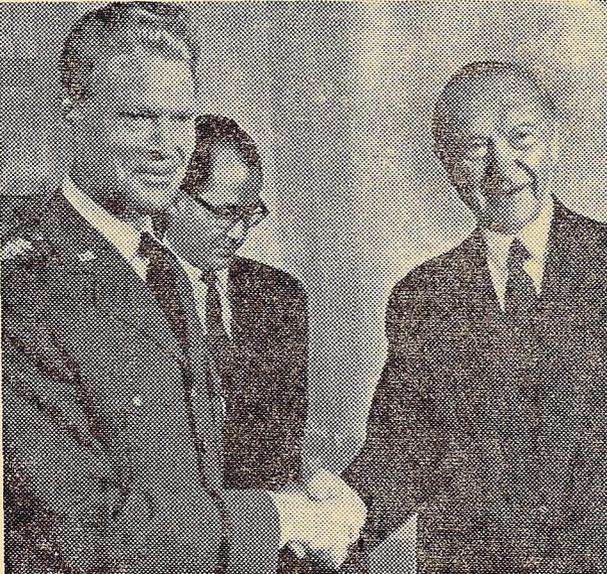
USA stehen zur Verteidigung Europas

Norstad in Bonn — Mit Großkreuz des Bundesverdienstordens ausgezeichnet

Von unserem Korrespondenten

Bl. Bonn. „Die USA werden auch in Zukunft ihren vollen Beitrag zur Verteidigung Europas leisten, mit allen Soldaten und allen Waffen.“ Dies erklärte NATO-Oberbefehlshaber General Norstad nach Gesprächen mit Bundeskanzler Adenauer und Verteidigungsminister Strauß in Bonn. Norstad wird im November seinen Posten in Paris verlassen.

Zu Einzelheiten der amerikanischen Verteidigungspolitik äußerte sich Norstad nicht. „Ich bin amerikanischer Offizier“, sagte er, „und kann mich hier über amerikanische Politik nicht äußern.“ Das Gesetz des Flusses und der Entwicklung, das in der Politik spürbar sei, gelte auch für die USA und den Nordatlantikkpakt. Die amerikanische Regierung habe der NATO aber immer ihre volle Unterstützung gewährt und werde dies auch in Zukunft tun. Sie kenne dabei keine Vorbehalte. Sie wisse, daß die Ver-



Bundeskanzler Adenauer begrüßt General Norstad in Bonn.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Selbstentwertung

A. S. Die Vorbereitung und Durchführung der Weltraumfahrt der beiden Kosmonauten Nikolajew und Popowitsch ist eine wissenschaftliche Leistung von Rang. Auch die körperliche Beanspruchung, die von den beiden Weltraumfahrern durchgestanden wurde, verdient kritiklose Anerkennung.

Der neue sowjetische Weltraumflug ist, so gesehen, eine Tat, die für sich spricht. Niemand im Westen, bis zum Präsidenten der Vereinigten Staaten hin, hat sich gescheut, dem neuen sowjetischen Weltraumversuch die gebührende Anerkennung als wissenschaftliche Leistung zu zollen.

Nur die Sowjets und die Kommunisten selbst haben geglaubt, daß es mit der Würdigung der wissenschaftlichen Leistung nicht genug sei. Man wollte und man will mehr denn je damit Politik machen.

Wenn schon die Botschaft des Zentralkomitees an „die ganze fortschrittliche Menschheit“ — besser gesagt, an sich selbst —, die Grenze des Geschmacks überschreitet, so haben doch wieder einmal Ulbricht und seine Funktionäre den Vogel abgeschossen. Das Zentralkomitee der sowjetischen KP möchte der staunenden Menschheit weismachen, daß die Erfolge der Sowjets nur durch die „unbestreitbaren Vorzüge der sozialistischen Ordnung“ möglich geworden sind. Sicher, wir wissen, daß der Raketen- und Weltraumforschung in der Sowjetunion unbegrenzte Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Riesensummen, die dieses Programm Jahr für Jahr verschlingt, sind in keinem Volkswirtschaftsplan verzeichnet.

Bei uns im Westen sieht die Sache anders aus. Der Staat muß über jeden Etatsposten der Weltraumforschung abrechnen, und zwar auf Heller und Pfennig. Deshalb wird auch peinlich genau nach der Zweckmäßigkeit der einzelnen Forschungsobjekte gefragt, bevor sie in Angriff genommen werden.

Man verzichtet im Westen auf einen großen Teil dessen, was bei den Sowjets eigentlich unter dem Etatsposten — gebe es einen solchen — „politische

Propaganda“ registriert werden müßte. Das Midias- und Telstar-Programm läuft ohne den üblichen Propagandarummel ab, der nun schon zum unvermeidlichen Requisite eines jeden sowjetischen Weltraumerfolges geworden ist. Trotzdem sollte man die Bedeutung vor allem des amerikanischen Programms für die Entwicklung von Beobachtungssatelliten, die es den USA erlauben, gewissermaßen in das Schlafzimmer der Sowjets zu schauen, nicht unterschätzen. Dem Kreml scheint die Angelegenheit jedenfalls recht unangenehm zu sein.

Man sollte auf der anderen Seite aber auch nicht im Westen die militärische Bedeutung des neuen sowjetischen Weltraumerfolges unterschätzen. Wissenschaftliche Experten halten es für möglich, daß die Sowjets sehr bald in der Lage sein werden, einen amerikanischen Satelliten in gleicher Weise abzuschießen, wie ihnen vor Jahren der Abschluß der U-2-Maschine gelang.

Auch deshalb versuchen die Sowjets, aus ihren jüngsten Erfolgen politisches Kapital zu schlagen. Sie lassen ganz offen durchblicken, daß sie damit

auf die Abrüstungskonferenz in Genf einen größeren Einfluß erhalten möchten. Die Welt soll sich auf Wunsch Moskaus dem sowjetischen Abrüstungskonzept unterwerfen.

Was die Sowjets jedoch noch mit einem Rest verklausulierter Diplomatie zu erreichen versuchen, das strebt Pankow mit der Holzhammermethode an. Die SED arbeitet nicht mit versteckten Drohungen, sie fordert ganz offen den Westen und vor allem die Bundesrepublik zur Kapitulation auf. Westdeutsche Kryptokommunisten, die inzwischen in die Zone übersiedelt sind, werden vor den Propagandakarren Ulbrichts gespannt.

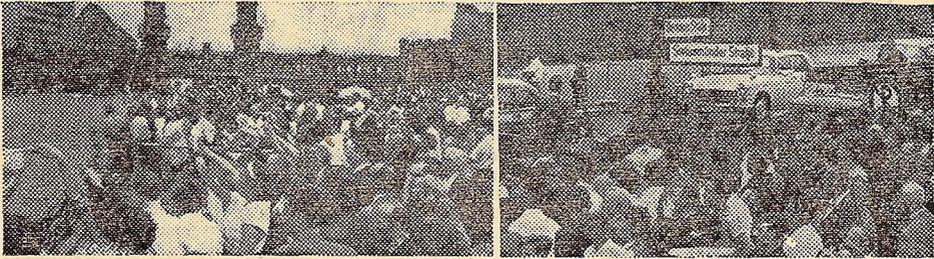
Es ist „in höchstem Maße unsinnig, ja verbrecherisch, eine Politik zu betreiben, die sich dem Stärksten zum Feinde macht“, ruft Schmidt-Wittmack der Bevölkerung der Bundesrepublik zu.

So sieht also das Endprodukt einer wissenschaftlichen Leistung aus, die von der gesamten Menschheit als solche ohne Kritik Anerkennung gefunden hat. Damit entwerten die Kommunisten selbst ihre eigene wissenschaftliche Großtat.

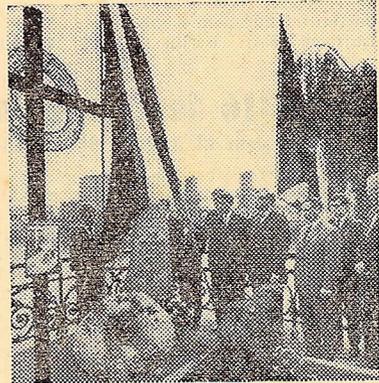


Dem typischen Witz und der Schlagfertigkeit der Berliner begegnete Bundespräsident Lübke in Gesprächen mit der Belegschaft der Deutschen Waggon- und Maschinenfabrik in Borsigwalde.

13. August 1962: Laute Proteste an der Mauer



Hunderte von Menschen brachten an der Oberbaumbrücke und in der Bernauer Straße ihren Protest gegen die unmenschliche Mauer zum Ausdruck.



DEN OPFERN ZU EHREN. Bundesminister Lemmer während der Kranzniederlegung für Ida Siekmann in der Bernauer Straße (links). Das mittlere Foto zeigt Jugendliche bei der Ehrenwache für Bernd Lünser in der Bernauer Straße. Rechts: Bundesminister Krone (ganz rechts) und Bürgermeister Amrehn (dritter von rechts) am Stein für den Unbekannten Flüchtling an der Oberbaumbrücke.

Kaul darf nicht nach West-Berlin

Alliierte stimmen Liste „unerwünschter Personen“ zu

Berlin (Eigenmeldung). Die alliierten Behörden in West-Berlin haben jetzt die Liste des Senats über die „unerwünschten Personen“ aus Ost-Berlin und der Sowjetzone genehmigt. Damit ist von sofort an diesen „unerwünschten Personen“ das Betreten der Westsektoren nicht mehr gestattet.

Die Liste enthält die Namen bekannter SED-Funktionäre und Propagandisten, wie des SED-Stananwalts Kaul und des Kommentators von Schnitzler. Der Senat hat die Möglichkeit, diese Liste jederzeit zu ergänzen, wenn es notwendig sein sollte.

Die westalliierten Kommandanten haben weiterhin den Innensenator ermächtigt, wirtschaftlichen oder anderen Institutionen der Ostblockländer die Tätigkeit in West-Berlin zu untersagen. Hierunter würden auch das sowjetische Reisebüro „Intourist“ und der Filmverleih „Sovfilmexport“ fallen, erklärte Albertz. Er habe die Absicht, diesen Firmen die Tätigkeit im freien Teil der Stadt zu untersagen. Diese Firmen hätten sich ohne Vereinbarungen mit dem Senat oder der Bundesregierung in West-Berlin eingeschlichen.

„Wir sind zerrissen . . .“

Berlin (kna). Zum Jahrestag der Schandmauer hat das Westberliner „Petrusblatt“ einen Gebetstext veröffentlicht, der ein erschütterndes Dokument der deutschen Sehnsucht nach Einheit und Freiheit ist. Das Gebet ist schon 1953 im Leipziger St. Benno-Verlag erschienen. Es heißt darin:

„... wir sind zerrissen in Stämme, zerrissen in Klassen, zerrissen in Zonen, zerrissen in Weltanschauungen, niemand kann uns helfen, wenn Du nicht mit uns bist!“

Die Zeitung fordert angesichts der Mauer mitten durch Berlin dazu auf, in beiden Teilen Deutschlands mit den gleichen Worten zu beten.

Clay: Nottfalls Gegenblockade

Störungen des Berlin-Verkehrs werden hart beantwortet

Stuttgart (dpa). Sofortige und wirksame Gegenmaßnahmen des Westens für den „Eventualfall“ ernsthafter sowjetischer Störungen des Berlin-Verkehrs hat General Clay befürwortet.

Clay hält eine massive Blockade der Warschauer Paktstaaten durch die NATO-Staaten für den Fall für erforderlich, daß die Sowjets den deutschen Güter- und Reiseverkehr ernsthaft stören.

„Wenn jedoch der freie Verkehr amerikanischer Militärangehöriger oder Militärtransportmittel auf dem Land- oder Luftweg nach Berlin gestört

oder gar die US-Garnison in West-Berlin angegriffen werden sollte, so muß und wird der Westen der sowjetischen Gewalt mit Gegengewalt antworten“, betonte General Clay. Präsident Kennedys Erklärung vom vergangenen Jahr, daß diese Rechte mit allen Mitteln, auch mit dem Einsatz von Atomwaffen verteidigt würden, gelte auch heute noch.

Wenn westliche Gegenmaßnahmen in Berlin notwendig werden sollten, so betonte Clay, dann werde man sie heute schneller zu treffen wissen als vor einem Jahr.

12316 durchbrachen die Mauer

Bilanz seit dem 13. August 1961 — Allein tausend Uniformierte

Bonn (UPI). Selbst die Mauer hat die Fluchtbewegung aus der Sowjetzone nicht gänzlich unterdrücken können. Seit dem 13. August 1961 gelang es 12316 Personen, die Sicherungen ent-

lang der Demarkationslinien zu durchbrechen. In dieser Zahl sind die Sowjetzonenbewohner enthalten, die auf einer Urlaubsreise in das Ausland oder bei den Weltjugendfestspielen in Helsinki ihre Bewacher überlisten konnten. Dazu gehören auch die nahezu 1000 Uniformierten, die in den Westen flüchteten.

Nach den Erhebungen der Bundesregierung wurden darüber hinaus 51 056 Bewohner der Sowjetzone im Westen durch die Mauer überrascht. Sie entschlossen sich, nicht wieder in den Osten zurückzukehren.

Die meisten Mitteldeutschen verließen 1953 ihre Heimat: damals waren es 331 990. Aber auch in den relativ ruhigen Jahren 1958 und 1959 lag die monatliche Zahl der Flüchtlinge mit durchschnittlich 15 000 noch über der Zahl derer, denen es in den letzten zwölf Monaten gelungen war, die Mauer zu durchbrechen.

41 flohen in Helsinki

Wie Bundesminister Lemmer in Berlin mitteilte, haben sich bisher bereits 41 Mitglieder der sowjetzonalen Helsinki-Delegation in West-Berlin oder im Bundesgebiet gemeldet und um politisches Asyl ersucht. Noch immer träfen geflohene Delegationsmitglieder ein, die in Finnland die Abfahrt der „Völkerfreundschaft“ abgewartet hätten.

Wo ist vorn?

Berlin (Eigenbericht). Eine dokumentarische Fehlleistung ist dem Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei, dem „Neuen Deutschland“, ausgerechnet am 13. August auf der Titelseite unterlaufen. Ein riesiges Foto zeigt zwei Zonen-soldaten mit fersch geschulterter tschechischer Maschinenpistole vor dem Brandenburger Tor. Natürlich sieht der Ost-Leser die Mauer nicht.

Kein Wunder, denn die beiden KZ-Wächter blicken die Linden entlang in Richtung Friedrichstraße. Ihre Wachsamkeit gilt den eigenen Landsleuten in Ost-Berlin und nicht dem bösen Feind in West-Berlin, wie es ahnungslose Leser in Thüringen oder Mecklenburg vielleicht vermuten sollen.

Und die Fahne auf dem Brandenburger Tor straft zu allem Überfluß auch noch den Genossen Chruschtschow Lügen, der bei jeder Gelegenheit behauptet: „Uns weht der Wind nicht ins Gesicht.“ Offensichtlich herrscht eine frische West-Brise.

USA stehen zur Verteidigung Europas

(Fortsetzung von Seite 1)

teidigung des Westens unteilbar sei und daß alle Staaten zusammenstehen müßten.

Norstad wies die Befürchtung zurück, daß sein Rücktritt mit einem Wandel in der Verteidigungs-Politik Amerikas zusammenhänge. Er vermied es aber, die Gründe für seinen Schritt, der im Westen vielerlei Spekulationen ausgelöst hatte, zu nennen. Auf keinen Fall, so sagte er, seien Gesundheitsrück-sichten dafür maßgebend gewesen. Norstad erinnerte an die Erklärungen Präsident Kennedys und General Taylors, mit denen die strategische Diskussion im Westen zunächst beendet wurde. „Ich kann sagen, daß von der Bundesrepublik ein großer Einfluß auf diese Erklärungen ausgeübt worden ist. In ihnen gibt es keinen Doppelsinn.“ Der Meinungsaustausch zwischen Bonn und Washington sei in den letzten Wochen „sehr klar“ gewesen, fuhr Norstad fort. „Und das hat gewirkt.“

Polen verweigert Visum

Wallfahrt-Teilnahme unerwünscht

Warschau (ap). Der Wiener Erzbischof Kardinal König hat von den polnischen Behörden kein Einreisevisum zur Teilnahme an der Wallfahrt zur Schwarzen Madonna von Tschenschostochau und einem Besuch in Warschau erhalten. Vom polnischen Außenministerium war nicht zu erfahren, weshalb dem Wiener Erzbischof das Visum verweigert worden ist.

Zu der Wallfahrt am 26. August wurde auch der Berliner Erzbischof Bengsch erwartet. Bisher ist jedoch nicht bekannt, ob er ein Einreisevisum erhalten hat.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Bichthofen-Str. 2